

NICHT AUF UNSEREM RÜCKEN



20.000 demonstrierten in Stuttgart gegen Sparpaket und für soziale Gerechtigkeit - Proteste müssen weiter gehen

Unter dem Motto „Das nennt ihr gerecht!? Gerecht geht anders“ protestierten am 12. Juni 2010 über 20.000 Demonstrant/innen in Stuttgart gegen die unsoziale Sparpolitik der Regierung. Zur gleichen Zeit waren es in Berlin ebenfalls 20.000. Das war seit mehreren Jahren die größte Demonstration in Stuttgart. Ein breites Bündnis von Gewerkschaften, insbesondere ver.di und der DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg, Gruppen der sozialen Bewegung und Parteien hatten zu dieser Demonstration aufgerufen und viele sind gekommen. Die wichtigsten Forderungen waren neben der Ablehnung des Sparpaketes „Gegen Rente mit 67“, „Gegen Kopfpauschale“, „Für bessere Kommunalfinanzen“ und „Kostenlose und gute Bildung für alle“.

80 % der Bevölkerung lehnen das Sparpaket als unsozial ab

Das Sparpaket der Bundesregierung ist ein Anschlag auf das Gerechtigkeitsempfinden der Mehrheit der Bevölkerung. Dass Arbeitslose, Eltern und Beschäftigte zur Kasse gebeten werden, Reiche, Vermögende und Kapitalbesitzer jedoch weitgehend verschont bleiben, wird nicht akzeptiert. Dass die Kosten der Milliardenpakete für die Banken und Finanzwirtschaft jetzt auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden, empfinden die meisten als Skandal. Dass zwei Jahre nach Ausbruch der größten Finanzkrise nach 1929 kein einziges wirksames Gesetz zur Regulierung des Finanzsektors verabschiedet wurde, weder die Steueroasen geschlossen noch hochriskante Finanzspekulationen verboten sind, stößt zu Recht auf völliges Unverständnis.



Bei der Abschlusskundgebung sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske: „Die Raubtiere laufen noch frei rum und suchen sich täglich neue Beute.“ Er forderte von der Bundesregierung entschiedene Maßnahmen gegen den Raubtierkapitalismus und das Regime der Maßlosigkeit auf den Finanzmärkten.

„In der Krise werden Reiche reicher“

So lautet die Überschrift in den Stuttgarter Nachrichten am 12. Juni, am Tag unserer Demonstration. Das Vermögen von Privatanlegern hat weltweit wieder Vorkrisenniveau erreicht, und es bleibt in den Händen einer kleinen Minderheit. Nur einige Tage später, am 16. Juni, heißt die Überschrift „Mehr Arme, mehr Reiche und die Mittelschicht schrumpft“. Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaft wird die Kluft zwischen hohen und niedrigen Einkommen in Deutschland immer größer. Die sog. Mittelschicht schrumpft und der Anteil der Menschen mit niedrigen Einkommen vergrößert sich ständig. Immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit nicht mehr leben und/oder befinden sich in ungesicherten prekären Arbeitsverhältnissen.

Wir haben nicht über unsere Verhältnisse gelebt

Der erneute unsoziale Angriff auf die Erwerbslosen, Beschäftigten und die Eltern wird damit begründet, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt hätten. Das ist eine der dreistesten Lügen, um eine durch und durch unsoziale und verfehlte Politik zu rechtfertigen.

Hat denn die Schlecker-Verkäuferin, die mit 1.300 Euro netto nach Hause geht, über ihre Verhältnisse gelebt?

Haben die KurzarbeiterInnen, die Gehaltseinbußen in Kauf nahmen, über ihre Verhältnisse gelebt?

Hat die Alleinerziehende, die mit Hartz IV aufstocken muss, über ihre Verhältnisse gelebt?

Haben die Beschäftigten, die seit über zehn Jahren Reallohnverluste hinnehmen mussten, über ihre Verhältnisse gelebt?

Nein. Die neoliberale Politik der letzten 20 Jahre, die bisher nie da gewesene Umverteilung von unten nach oben hat dafür gesorgt, dass alle diese Gruppen weit unter den gesellschaftlichen Möglichkeiten leben müssen. Die einzigen, die weit über den Verhältnissen leben, sind die Reichen, Vermögenden, Milliardenbonibezieher und Kapitalbesitzer in diesem Land.

Gerecht geht anders

- statt Erwerbslose, Beschäftigte und Eltern zu belasten wollen wir, dass die Verursacher und Profiteure zur Kasse gebeten werden, zum Beispiel durch die Einführung der Millionärssteuer
- statt Rente mit 67 wollen wir Zukunftschancen für die junge Generation
- statt Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst abzubauen und Leistungen einzuschränken wollen wir mehr Geld für Lehrerinnen und Lehrer, Kindertagesstätten, Erzieher/innen, Soziales und Ökologie
- statt die Arbeitslosen in die Armut zu treiben und die Löhne weiter zu senken wollen wir eine Grundsicherung, die diesen Namen verdient, und die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns
- statt Bildungsnotstand und sozialer Auslese wollen wir gute und kostenfreie Bildung für alle.



Die Proteste müssen weiter gehen

Wenn wir die unsoziale Politik der Bundesregierung verhindern und einen Politikwechsel erreichen wollen müssen die Proteste nach der Sommerpause weiter gehen. Wir haben die Chance, mit der Mehrheit der Bevölkerung unsoziale Sparbeschlüsse zu verhindern und eine Politik der sozialen Gerechtigkeit durchzusetzen. Oder, um mit Frank Bsirske zu sprechen: „Die Regierung muss für ihre Politik der sozialen Schieflage Protest ernten. Wir werden den Widerstand gegen die unsoziale und konjunkturschädliche Rotstiftpolitik von Schwarz-gelb, gegen die Entsolidarisierung der Sozialsysteme und gegen die einseitige Lobbypolitik in die Fläche, in die Betriebe und Verwaltungen tragen.“